

Shlomo Avineri: Die wahre Gefahr für Israel

„Die israelische Rechte übersieht, was wirklich den jüdischen Charakter Israels bedroht: unsere fortwährende Kontrolle von Millionen Palästinensern in den Gebieten. Die meisten Unterstützer des Gesetzentwurfs sind gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels, während andere die Initiative wahrscheinlich aus schierem Populismus mittragen (oder den Text nicht sorgfältig gelesen haben dürften).

Klar das, dass der Gesetzentwurf, wenn er als ein Grundgesetz¹ gebilligt wird, nicht viel an der Realität Israels als jüdischem Nationalstaat ändern wird. Doch wenn man die Unterstützer fragt, warum ein Grundgesetz notwendig ist, werden sie antworten, dass möglicherweise eines Tages die Araber die Mehrheit in Israel bekommen könnten, dass sie dann den Status des Landes auf eine demonstrativ demokratische Weise ändern könnten. Deshalb sei es notwendig, Israels Charakter als jüdischen Nationalstaat durch ein Grundgesetz abzusichern, der nur durch eine Supermehrheit geändert werden könnte.

Das ist aus zwei Gründen absurd: [Die] Araber können nur dann eine Mehrheit werden, wenn Israel nicht die Gebiete verlässt, und man muss schon sehr naiv sein zu glauben, dass, wenn die Araber jemals zur Mehrheit werden, ein Gesetz sie daran hindern wird, das Land zu übernehmen.

Der Gesetzentwurf hat weitere Konsequenzen, und sie alle sind unerwünscht. Da es keinen jüdischen Konsens darüber gibt, was ein ‚jüdischer Staat‘ ist, wird der Gesetzentwurf unter der jüdischen

¹ Das Parlament hat zwischen 1958 und 1992 elf Grundgesetze („Basic Laws“) beschlossen: „The Knesset“ (1958), „Israel Lands“ (1960), „President of the State“ (1964), „The Government“ (1968), „The State Economy“ (1971), „Israel Defense Forces“ (1976), „Jerusalem: Capital of Israel“ (1980), „The Judicature“ (1984), „The State Comptroller“ (1987), „Human Dignity and Liberty“ (1992), „Freedom of Occupation“ (1992).

Bevölkerung nur die Uneinigkeit verstärken – der Grund dafür ist schließlich, dass keine Verfassung zustande gekommen ist. Zweitens und noch bedenklicher: Der Gesetzentwurf wird nur die Entfremdung der arabischen Minderheit vertiefen und die komplexen Beziehungen zwischen Juden und Arabern verschärfen.

Einige Beispiele: Paragraph 4 schafft den Status des Arabischen als zweite offizielle Landessprache ab. Paragraph 10 erhebt den hebräischen Kalender zum ‚offiziellen Staatskalender‘. Paragraph 13 verfügt, dass ‚das jüdische Gesetz als die Quelle der Inspiration für die Gesetzgebung dienen‘ soll – und damit das Tor für eine unvorhersehbare problematische Gesetzeslage öffnet. Gemäß Paragraph 9 (b) ‚ist der Staat ermächtigt, einer Kommune einschließlich einer, die aus einem Volk oder einer Religion besteht, zu gestatten, eigene Kommunen zu unterhalten – ein klarer Versuch, die Entscheidung des Obersten Gerichts im Fall Ka’adan² zu unterlaufen, der „Israel Land Administration“³ die Diskriminierung von Nichtjuden zu verbieten. Und der Gesetzentwurf ermöglicht es, Arabern und Muslimen die [Anlage] eigene[r] Kommunen zu verbieten.“

Shlomo Avineri: The real threat to Israel’s Jewish character, in „Haaretz“ 24.10.2011. Der Autor ist emeritierter Professor für Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Der Autor kommentiert einen Gesetzentwurf, den der frühere Minister für innere Sicherheit in der Regierung Ehud Olmerts, Avi Dichter („Kadima“), in die Knesset eingebracht hat. Deutsch von Reiner Bernstein.

² Im Jahr 2000 entschied das Oberste Gericht, dass sich die arabische Familie Ka’adan in der jüdischen Ortschaft Katzir (Regierungsbezirk Haifa) niederlassen dürfe. Sieben Jahre später konnte das Familienoberhaupt Adel Ka’adan mit der Umsetzung der Entscheidung beginnen.

³ Die „Israel Land Authority“ verwaltet für den Staat 93 Prozent der Böden Israels und vergibt sie in Erbpacht, üblicherweise für 49 oder 98 Jahre.